## Autobiografisches von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

## "Die Freiheit, die ich meine, ist nicht teilbar"

Haltung beweisen in Zeiten des Wandels: Sabine Leutheusser-Schnarrenbergers Buch "Haltung ist Stärke" zeigt, dass man die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft besser in ihren Rechtsgrundlagen als am rechten Rand finden kann.

Von Yvonne Hofstetter und Friedrich Graf von Westphalen

Wer würde bestreiten, dass sich im 21. Jahrhundert mit der digitalen Transformation nicht nur eine menschliche Kulturleistung vollzieht, sondern auch eine Periode politischer und gesellschaftlicher Unsicherheit angebrochen ist? Dazu trägt auch eine fast babylonische Sprachverwirrung bei. Wörter sind geblieben, aber ihre inhaltliche Bedeutung hat sich ins Gegenteil verkehrt. Lügen werden zur Wahrheit erklärt. Der Begriff der Freundschaft ist durch soziale Netzwerke angegriffen. Das "Supergrundrecht auf Sicherheit", das "Recht auf Wissen" und das "Recht auf deutsche Identität" sind allesamt Rechte, die nirgendwo anders existieren als in unseren Sicherheits-, Transparenz- oder Nationalismusphantasien. In der Türkei ist bereits die Rede von "illiberaler Demokratie". Doch die Freiheit des Miteinanders in der Demokratie ist ohne die Freiheit des Einzelnen, der entscheiden kann zwischen gut und böse, schwarz und weiß, links, Mitte oder rechts gar nicht denkbar. Sie ist aber auch nicht lebbar ohne den politischen Diskurs, die "Welt", wie Hannah Arendt den politischen Raum gegenseitigen Austausch und gemeinsamen Handelns nannte.

Doch der gemeinsame Blick auf die Wirklichkeit "als ein zwischen den Weltansichten verschiedener Sprachen in der Mitte liegendes Gebiet" (*Habermas*) ist uns mit der Kommunikationsstörung, verursacht durch die sozialen Medien mit ihren Algorithmen mittlerweile verstellt; sie haben unsere Gesellschaft in zahllose individualistische Echokammern zertrümmert.

Die Neue Rechte, sei es in Großbritannien, in den Vereinigten Staaten unter Donald Trump oder in Marine Le Pens Frankreich, schlägt in die Kerbe der Verwirrung und beschwört "traditionelle Werte" herauf. Jene hätten die westlichen Gesellschaften seit ihrer von den neuen Parteien verklärten Vergangenheit der Siebziger-, Sechziger- oder noch früherer Jahre im Prozess wechselseitiger Durchdringung von Kulturen und Lebensräumen eingebüßt. Und uns wird langsam klar, dass uns das 21. Jahrhundert mit Risiken und Gefahren konfrontiert, die unserer Generation fremd sind: Nationalismus, Meinung statt

Fakten, Gesinnungspolitik, Fortschritt durch Rückschritt, Datenanalyse ohne Theorie.

Hier blüht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die Politikerin, ganz in ihrer Rolle als Juristin auf, wenn sie die neuen Sachverhalte, die unsere heutige Gesellschaft bisher nicht aus dem Alltag, sondern nur aus Geschichtsbüchern kennt und mit denen wir nur schwer zurechtkommen, vor allem unter das Grundrecht der Freiheit des Bürgers subsumiert. Ihr Wertekanon, davon legt ihr Buch von der ersten bis zur letzten Seite Zeugnis ab, sind das deutsche Grundgesetz und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Sie geben dem Bürger – der Verfassungspatriotismus ist der Grundakkord – Halt in haltlosen Zeiten, in der die Dissonanz der Individualmeinungen nicht anders wirkt als ein unüberschaubares Chaos. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hingegen verweist auf das Grundgesetz als dasjenige Einheitsprinzip, das über den Einzelnen hinausgeht und alles bereitstellt, damit sich unsere Gesellschaft, von selbstbewussten Bürgern geprägt, als eine freiheitlich-demokratische entfalten kann.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger weist aber auch mit dem ihr eigenen Nachdruck darauf hin, wie diese demokratische Sozialisation gefährdet ist, zunächst durch den Staat selbst, dessen immer weitergehendes Eingreifen durch Sicherheitsgesetze die Freiheit der Person unwiederbringlich und trotz zahlreicher gegenläufiger, von ihr zum großen Teil selbst erstrittener Urteile des Bundesverfassungsgerichts auszuhöhlen droht. Ja, der Staat ist gehalten, das Gemeinwohl anzustreben, aber auch dieses lässt sich nur vom Begriff der Person her bestimmen: Personen schließen sich in Gesellschaften zusammen, weil die Gemeinschaft dem Wesen und Überleben des Menschen entgegenkommt. So wie jeder Einzelne sein eigenes Wohlbefinden im Sinn hat, sollte auch das Ganze nach dem Wohl aller, dem Gemeinwohl, streben, was zuoberst die besondere Achtung der Würde und der unveräußerlichen Freiheitsrechte der Person voraussetzt, wie sie eben im Grundgesetz mit Verfassungsrang verankert sind. Der Staat dient dem Schutz des Einzelnen und der Ordnung des Zusammenlebens aller. Sein moralischer Auftrag: die Erhaltung von Frieden und Wohlfahrt in der Gesellschaft. Dazu gehört zwar auch die Gewährleistung der Sicherheit, aber es nicht Aufgabe des Staates, die Welt in ein ungefährdetes Paradies zu verwandeln. Dazu ist er nicht in der Lage, damit würde er seine Grenzen überschreiten und seinen Machtanspruch absolut setzen.

Übergriffig gegenüber den personalen Grundrechten werden inzwischen fast stärker als der Staat die globalen Technologiekonzerne, deren digitale Geschäftsmodelle die Rechte des Menschen wie aus einer Mine extrahieren und daran so viel Geld verdienen, dass die bekanntesten unter ihnen in wenigen Jahren zu den wertvollsten Unternehmen der Welt aufsteigen konnten. Die ausbeuterischen Folgen der Geschäftsmodelle "Leverage customer data" oder "Hidden revenue" sind unspürbar für den Nutzer, weil sie so unstofflich sind wie die Menschenwürde selbst. Nachdem die Technologiegiganten den Menschen zur Ware gemacht haben, bauen sie in der Zukunft des 21. Jahrhunderts daran, den rechten Menschen zu konstruieren und ihn bis zur Immortalität hin digital aufzurüsten. Es braucht also keinen "großen Krieg" mehr wie einen, den die Menschheit noch im 20. Jahrhundert gefürchtet hatte, um die Welt in einen trostlosen Ort zu verwandeln. Die Furcht vor Terror, die darauffolgende digitale Überwachung der intimsten Winkel unseres Lebens und bald auch Körpers sowie die sich daraus fast wie ein Automatismus ergebende Beweislastumkehr: "Doch! Ich bin ein guter Bürger, egal, was der statistische Durchschnitt aussagt", sind die Maßnahmen, bei denen die Freiheitsrechte des Einzelnen zu leicht gewogen werden. Ungebändigte digitale Kräfte und Machtzuwächse verändern den Menschen und seine Haltung zu sich gerade von Grunde auf.

Deshalb appelliert Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auch an die FDP, sich wieder auf ihre einst starke Positionierung als Verfechterin der bürgerlichen Freiheitsrechte zu besinnen. Unermüdlich ruft sie ihre Partei dazu auf, ihre freiheitlichen Kräfte wieder neu zu mobilisieren und freiwillig und großmütig an der Förderung und Wahrung der Grundrechte auch für die Zukunft mitwirken. Die FDP habe dazu die Autorität; sie solle die Werte des Grundgesetzes dort, wo sie mitregiert, sichern helfen. Doch das ungeteilt: Die Spaltung der Partei in einen linksliberalen Flügel zur Wahrung der Bürgerrechte und in ein wirtschaftsliberales Lager sei keine sinnvolle Strategie, die Freiheit zu verteidigen.

Das gemeinsame Eintreten für die Freiheit wäre nötig, ist aber gegen den Mainstream. Die im Sommer 2016 veröffentlichte World Value Survey hat gezeigt, dass gerade die jüngere Generation der ab 1980 Geborenen die Grundrechte als immer weniger wichtig schätzt. Viele Digital Natives sind sogar der irrigen Meinung, sie könnten auf ihre Grundrechte per Nutzungsbedingungen mit dem einen Federstrich: "Ja, ich stimme den Nutzugsbedingungen zu", verzichten und halten es für eine unerwünschte Beeinträchtigung ihrer digitalen Existenz oder vermeintlichen, wenngleich im Verhältnis zu Technologiemonopolen nicht gegebenen Vertragsfreiheit, wenn ihnen Menschen wie Sabine Leutheusser-Schnarrenberger einen Strich durch die

Rechnung machen, indem sie die Grundrechte auch im Verhältnis gegenüber Privaten anmahnen. Tatsächlich sieht es so aus, als müsse die Freiheit für jede Generation neu errungen werden.

Leutheusser-Schnarrenbergers Haltung, ihre starke innere Bindung an die Grundrechte und die nach außen glaubhaft gelebte Konsequenz dieser durch ihr Elternhaus tradierte Bindung verweist auf jene Werte, die die Kraft haben, nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Gesellschaft im 21. Jahrhundert Halt und Orientierung zu geben. Dazu muss man nicht am linken oder rechten Rand suchen. Ein Blick ins Grundgesetz genügt, an dem Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in vorbildlicher Weise Maß genommen hat.